

AGS: NACHRICHTEN

INFORMATIONSDIENST DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Herausgeber: Landesvorstand der AGSNRW

www.ags-in-nrw.de

Ausgabe **Oktober 2009**

seite 1

Liebe Genossinnen und Genossen der AGSNRW, sehr geehrte Leserinnen und Leser!

„Da habt Ihr es: Das Argument der Straße! Sagt bloß jetzt nicht: Das haben wir nicht gewollt!“

Der Anfang eines Degenhardt-Liedes passt so richtig zu diesen Tagen. Und linke Polit-Barden dürfen bei uns wieder zitiert werden. Oder? Allerorten wird nun über die Ursachen der Wahlniederlage diskutiert. Verzichten wir an dieser Stelle darauf und richten unser Augenmerk auf die Zukunft. Aus unserer Sicht steht die Zusammensetzung der neuen Parteiführung für eine Einbindung aller „Flügel“. Die SPD behält den Anspruch, eine Volkspartei zu sein. Die zukünftigen Haupt-Akteure vertreten das dazu nötige breite Meinungsspektrum.

Wir lassen uns als AGS nicht in eine politische Schublade drängen. Aber wir dürfen aus Erfahrung vom „rechten“ Flügel mehr Verständnis für unsere Anliegen erwarten als bei manchen Vertretern des „linken“ Flügels. Ausgewogenheit in der Führungsspitze sollte daher unseren Beifall finden. Erfreulich ist auch, dass Hannelore Kraft als neues Mitglied der Parteispitze zukünftig mehr Gehör in Berlin (und hoffentlich auch bei den Medien in NRW) finden wird. Die Wahl-Analysen zeigen, was schon lange eines unserer Probleme ist: Der SPD wird kaum Wirtschaftskompetenz zugeschrieben. Daran müssen wir arbeiten. Die SPD hat an alle Mitbewerber Stimmen verloren. Sogar an die FDP, einer Partei, die für eine Politik des Neoliberalismus stand und steht. Auch wenn sie das vor der Wahl zu verbergen versuchte.

Wenn wir zukünftig wieder Wähler aus **allen** Bereichen zurückgewinnen wollen, gehört dazu auch ein Angebot

an die große Zahl der Selbständigen: Keine Versprechen von Wohltaten, die nicht finanzierbar sind. Aber das Gefühl, dass die SPD nicht die Interessen der Banken und der Großindustrie vertritt, sondern die der „kleinen Leute“ unter den Selbständigen. Ein Beispiel hierfür sind Erfolge bei den letzten Kommunalwahlen in NRW. Viele unserer Mitglieder haben sich im Wahlkampf engagiert, einige sind in politische Ämter gewählt worden. Ihnen gratulieren wir von Herzen. Leider sind viel zu wenige Selbständige bereit, sich für politische Ziele aktiv einzusetzen und ihre Interessen zu vertreten, sowie Ihre Erfahrung einzubringen.

In der Kommunalpolitik wie auch in Land und Bund ist unternehmerischer Sachverstand wichtig, aber leider nicht verbreitet. Diese Erkenntnis gilt übrigens nicht nur für die SPD. In unserer Partei müssen wir das ändern! Wir als AGS! Durch unsere Arbeit! Dann können wir auch etwas optimistischer in die Zukunft blicken.

Das Lied, mit dem ich begonnen habe, endet mit der Aussage: *„Und denkt an Deutschland in der Nacht. Und sagt: Wer kann noch ruhig schlafen?“* Wenn es gelingt, die eine oder andere Grausamkeit von Schwarz/Gelb zu verhindern und realistische Alternativen aufzuzeigen, haben wir uns unsere Nachtruhe verdient. Und packen die Probleme morgens mit frischem Schwung an.



In diesem Sinne: Glück auf!

André Brümmer

Stellv. AGS-Landesvorsitzender NRW



AUS DEM BUND

HARALD CHRIST

SOFORT-PROGRAMM FÜR DEN MITTELSTAND



Harald Christ

Der Mittelstandsbeauftragte im Team von Frank-Walter Steinmeier, Harald Christ, legte vor der Wahl ein Sofort-Programm für den Mittelstand vor. Es sei Aufgabe des Mittelstandsbeauftragten, die Situation von KMU in der Wirtschaftspolitik stärker zu berücksichtigen. Auch nach der Wahl möchte Harald Christ die Mittelstandspolitik der SPD weiter unterstützen. Aus diesem Grund veröffentlichen wir hier noch einmal sein ursprüngliches Papier.

Vor dem Hintergrund der globalen Krise und ihrer ökonomischen und fiskalischen Folgewirkungen verlangen alle wirtschaftspolitischen Anstrengungen ein neues Maß an Effizienz. Nahezu alle Ressorts haben direkte oder mittelbare Bedeutung für den Mittelstand. Neben dem Ministerium für Wirtschaft sind insbesondere Bildung und Forschung, Arbeit, Finanzen und Umwelt involviert. Im Kanzleramt selbst werden zukünftig durch einen Beauftragten für den Mittelstand die Maßnahmen der Ressorts in neuer Qualität aufeinander abgestimmt, um Reibungsverluste, verlangsamte Entscheidungsprozesse, Mehrfachförderungen und Kompetenzgerangel zu vermeiden. Der Mittelstandsbeauftragte wird zudem dafür sorgen, dass die Situation von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in der Wirtschaftspolitik stärker berücksichtigt wird. Mit ihm wird es künftig einen Ansprechpartner in der Bundesregierung geben, der ständig mit der mittelständischen Wirtschaft in Verbindung steht.

Task Force Mittelstand

Wir werden eine „Allianz für den Mittelstand“ schmieden. Wir wollen Wirtschaft, Gewerkschaften und Banken an einen Tisch holen und unmittelbar

im Bundeskanzleramt eine Task Force einrichten. Als Sofortmaßnahme unmittelbar nach Antritt der neuen Bundesregierung lädt das Kanzleramt unter Federführung des Beauftragten für Mittelstand zur ersten Mittelstandskonferenz, die folgende Themen diskutiert und bewertet:

- Kreditversorgung der Unternehmen
- Wirkung der beiden ersten Konjunkturprogramme
- Optimierung der staatlichen Förderprogramme
- Bürokratieabbau
- Innovationsförderung
- Bildung, Ausbildung, Weiterbildung
- Nachfolgeregelung bei Unternehmen
- Fachkräftemangel

Die Ergebnisse der Konferenz sollen in das 100-Tage-Programm des Mittelstandsbeauftragten und der neuen Bundesregierung einfließen.

Sofortmaßnahmen gegen die Kreditklemme

- Die Umschichtung der Mittel aus dem Konjunkturprogramm zugunsten von Globaldarlehen, die die KfW an Banken zur Weitergabe an die Wirtschaft vergibt, ist richtig. Allerdings macht die zur Verfügung stehende Summe etwa nur ein Prozent der Kredite aus, mit denen Unternehmen und Selbstständige bei den Banken in den Büchern stehen. Wenn die Engpässe fortbestehen, sind weitere Maßnahmen notwendig: Dazu gehören die Erhöhung des Rahmens der Globaldarlehen und Staatshilfen für Kreditversicherer ebenso wie die Überprüfung der Möglichkeiten der Direktvergabe von Krediten durch die KfW. Die KfW ist mit Blick auf die Abwicklung künftiger Kredit- und Förderprogramme personell und organisatorisch besser auszustatten. Eine Direktvergabe durch die KfW ist zu prüfen, sollte das Bankensystem die Aufgabe der angemessenen Liquiditätsversorgung des Mittelstandes nicht optimal leisten können.
- Deutschland hat einen Nachholbedarf bei kleinen Unternehmensdarlehen. 60 % der Kleinunternehmen müssen ohne Bankkredite wirtschaften. Das ist im internationalen Vergleich ein hoher Prozentsatz. Arbeitsminister Olaf Scholz hat ein Fonds-Modell vorgestellt, das auch kleinen Unternehmen mit geringen Sicherheiten

einen Kredit ermöglicht. Auch für Unternehmensgründungen ist dieses Finanzierungsmodell interessant. Es ist zu prüfen, ob zusätzliche Mittel durch gemeinsames Engagement von staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Kreditgebern bereitgestellt werden können. Ebenso sind die Rahmenbedingungen für Mikrokredite auch für bereits bestehende Unternehmen zu verbessern.

- Die Banken müssen verpflichtet werden, sich angemessen an der Stabilisierung des Finanzmarktes zu beteiligen. Im Zielkonflikt zwischen einer besseren Versorgung der Banken mit Eigenkapital und der Kreditvergabe hat in der Wirtschaftskrise die Versorgung der Realwirtschaft mit Liquidität Priorität. An zweiter Stelle steht die Konsolidierung durch eine Erhöhung der Eigenkapitalquote der Banken. Bevor Gewinne ausgeschüttet werden, müssen die Banken zunächst eine stabile Risikovorsorge und Eigenkapitalquote nachweisen.
- Ein Ombudsmann wird zwischen KfW, Unternehmen und Banken vermitteln. Er hat die Aufgabe, schnell und unbürokratisch zu helfen, wenn Unternehmen krisenbedingt in Liquiditätsengpässe geraten. Arbeitnehmerbeteiligung kann zum entscheidenden Faktor bei der Sanierung eines Unternehmens werden: Mitarbeiter verzichten auf Teile ihrer Gehälter und erhalten im Gegenzug Unternehmensanteile. Sie nehmen dabei die Funktionen eines Kreditgebers ein, wenn Banken nicht ausreichend Kapital zur Verfügung stellen. Das muss steuerlich noch mehr begünstigt werden. Die derzeitige rechtliche Regelung ist nicht ausreichend. Mit dem von Peer Steinbrück und Olaf Scholz eingebrachten und verabschiedeten Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetz sind hier wichtige Weichenstellungen erfolgt. Es ist zu prüfen, ob darüber hinaus für kleinere Unternehmen besondere Regelungen erforderlich sind, z.B. eine bessere Absicherung der Beschäftigten im Falle einer Insolvenz.

Forschung und Innovation

Der Deutschland-Plan von Frank-Walter Steinmeier ist eine Strategie für einen neuen Innovationsschub

in der deutschen Industrie. Dafür brauchen wir nicht nur eine innovative Großindustrie, sondern auch Forschung im Mittelstand. Die Forschungsausgaben im Mittelstand sind krisenbedingt stark rückläufig und müssen wieder stimuliert werden: Studien belegen, dass Unternehmen, die in der Rezession in Forschung investieren, danach wirtschaftlich besser dastehen. Die bestehende projektbezogene Forschungsförderung ist für die meisten kleineren Unternehmen nicht attraktiv.

- Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollen deshalb durch „tax credits“ für mittelständische Unternehmen steuerlich gefördert werden. Damit kann man 35.000 Unternehmen erreichen.
- Zur Umsetzung von Innovationen in Produkte ist geeignetes Wagniskapital entscheidend. Das gilt vor allem für kleinere Unternehmen und Neugründungen. Erfolgversprechend sind technologieorientierte Wagniskapitalfonds, die von etablierten Unternehmen aufgelegt werden. Das Wagniskapitalbeteiligungsgesetz ist im Hinblick auf die Erreichung dieser Ziele zu überprüfen.
- Bestimmte ausgewählte Zukunftstechnologien sollen gezielt gefördert werden. Ein Forschungsinstitut für Energiespeichertechnik soll gegründet werden.
- Wissenschafts- und Forschungspotenziale sollen stärker mit der Wirtschaft verknüpft werden. Hier helfen Netzwerkansätze, die den Wissenstransfer beschleunigen. Wir brauchen ein flächendeckendes Wissensnetzwerk, in dem Kompetenzzentren, Innovations-Hubs, Offene Hochschulen und Bildungseinrichtungen miteinander verbunden sind.

Bürokratieabbau

Die Bundesregierung hat bereits einige Anstöße gegeben, Statistik- und Berichtspflichten abzubauen. Davon sind aber überwiegend größere Unternehmen betroffen. Kleine Unternehmen wie Handwerksbetriebe klagen beispielsweise über großen bürokratischen Aufwand bei der Mitarbeiterverwaltung und bei öffentlichen Vergabeverfahren. Wir brauchen einen Bürokratieabbau, der sich am Bedarf der KMU orientiert.

- Ausschreibungen müssen möglichst unbürokratisch gestaltet werden. Um auch kleinen Unternehmen ohne eigene Rechtsabteilungen den Zugang zu ermöglichen, muss die ausschreibende Stelle bei Verfahrensfragen Unterstützung leisten.
- Es ist zu prüfen, inwieweit die öffentlichen Ämter bei Verwaltungsvorgängen die Unternehmen entlasten können.
- Die Behörden müssen sich als Dienstleister verstehen: Nicht das Durchsetzen von formalen Vorgaben, sondern die Unterstützung in der Abwicklung muss die Aufgabe des Amtes sein.
- Wo es möglich ist, müssen Verwaltungsvorgänge gebündelt werden. Der Unternehmer muss möglichst viel mit möglichst wenig Behörden abwickeln können.
- Dieser Grundsatz muss auch bei Unternehmensgründungen gelten: Das Prinzip des one-stop-shops muss flächendeckend durchgesetzt werden.
- Antragsfristen müssen kürzer werden. Es ist zu prüfen, wo ein Antrag als genehmigt gelten kann, wenn er nicht in einer bestimmten Frist bearbeitet wurde.

Wohnungswirtschaft

- Die Wohnungsbauförderung ist stärker auf Wohnungsmodernisierung auszurichten.
- Zur Belebung der Wohnungswirtschaft sollte energetische Modernisierung noch besser steuerlich gefördert werden.
- Eine höhere Absetzbarkeit von Instandhaltungsmaßnahmen käme dem Handwerk zu gute und trüge zur Bekämpfung der Schwarzarbeit bei.

Fachkräftemangel

Beim Mittelstandsbeauftragten wird ein Frühwarnsystem gegen Fachkräftemangel eingerichtet. Sobald sich ein Mangel an bestimmter Qualifikation abzeichnet, müssen die Kapazitäten und die Ausrichtung der Ausbildungs- und Studiengänge entsprechend schnell angepasst werden.

- Die SPD will 200 neue Professuren in den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik („MINT“) schaffen.

- Gemeinsam mit Praktikern aus der Wirtschaft ist ein Verfahren zu entwickeln, das eine schnelle bedarfsgenaue Umschulung und Weiterbildung ermöglicht. Ziel sollte sein, innerhalb von höchstens einem Jahr die gesuchte Fachqualifikation unterhalb der akademischen Ebene praxisnah als Fortbildung oder Umschulung zu vermitteln. Der Mittelstandsbeauftragte wird gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit für eine zielgenaue Vermittlung und Qualifizierung sorgen. Die Bundesagentur für Arbeit muss in die Lage versetzt werden, der Wirtschaft zu zuarbeiten.
- In der Informations- und Telekommunikationsbranche (ITK-Branche) droht bereits ein Mangel an Fachkräften, der sich negativ auf den Software-Standort Deutschland auswirkt. Wir wollen die Gründung einer Software-Hochschule noch im Jahr 2010 verwirklichen. Die Einrichtung von Instituten auf Basis einer Public-Private-Partnership, prüfen und unterstützen. Ziel soll es sein, gemeinsam mit ITK-Unternehmen ein Anforderungsprofil für eine neue Hochschule zu entwickeln. Als herausragende Vorbilder für eine enge Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft sind die Telekom Laboratories (TU Berlin, Deutsche Telekom) und das Hasso-Plattner-Institut für Systemtechnik GmbH an der Uni Potsdam. <

KULTUR DER SELBSTÄNDIGKEIT

DEUTSCHE STUDENTEN SCHEUEN DIE SELBSTÄNDIGKEIT

Nur zehn Prozent der deutschen Studenten wollen nach dem Studium direkt ein Unternehmen gründen, weil sie die Selbständigkeit reizt.

Das geht aus einer Studie unter weltweit 60.000 Studenten aus 19 Ländern hervor, berichtet das Magazin „Wirtschaftswoche“. Demnach ist die Zahl der gründungswilligen Studenten in Deutschland von 2006 bis 2008 von acht auf zehn Prozent gestiegen. Immerhin hätten von den 7.500 befragten deutschen Studenten nur 2.800 gar kein Interesse an einer Gründung gezeigt. Fünf Jahre nach dem Studienabschluss konnten sich dagegen laut Wirtschaftswoche knapp 30 Prozent für eine Existenzgründung erwärmen. <

AUS DEM LAND

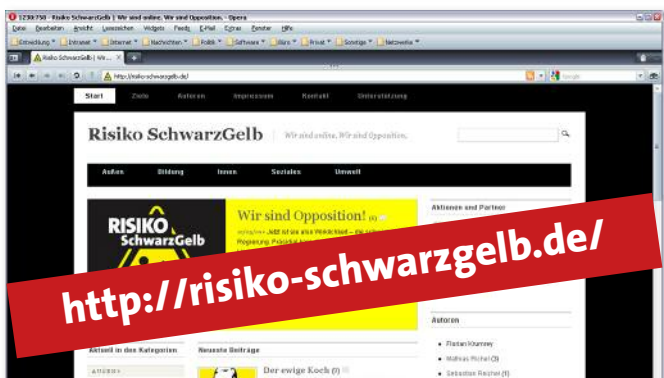
AUSBILDUNG

2,5 % MEHR AUSZUBILDENDE IN NRW

Düsseldorf (IT.NRW). Ende 2008 befanden sich in NRW insgesamt 341.708 junge Menschen in der Ausbildung. Wie Information und Technik Nordrhein-Westfalen als Statistisches Landesamt mitteilt, waren das 2,5 Prozent mehr als ein Jahr zuvor (damals: 333.473). Jede(r) zwanzigste Azubi hatte einen ausländischen Pass. Ihre Zahl lag mit 17.458 um 1,6 % über über dem Vorjahresergebnis (17.185).

Ende 2008 war die Zahl der männlichen Auszubildenden mit 209.124 um 1,9 % höher als ein Jahr zuvor; diejenige der weiblichen Azubis stieg um 3,4 % auf nunmehr 132.584. Damit sind nur noch knapp 40 % der Auszubildenden weiblichen Geschlechts. Im Ausbildungsbereich „Industrie, Handel, Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe“ stieg die Zahl der Auszubildenden binnen Jahresfrist um 4,0 % auf 198.724. Bei den Freiberuflern, zu denen u. a. Ärzte, Apotheker, Rechtsanwälte, Notare und Steuerberater gehören, stieg sie um 1,8 % auf 27.896. In der Landwirtschaft wurden 7.656 (+4,4 %) und im öffentlichen Dienst 7.135 (+3,4 %) Personen ausgebildet. Lediglich im Handwerk (98.105; -0,4 %) und im Bereich der Hauswirtschaft (2.192; -0,5 %) war die Zahl der Azubis niedriger als ein Jahr zuvor.

Zusammenfassend: 127.445 Ausbildungsverträge wurden 2008 in NRW neu geschlossen. Das waren 2,8 % weniger als im Vorjahr. 2007 war (gegenüber 2006) noch ein Plus von 11,1 % erreicht worden. <



AUS DEN REGIONEN

SPD VOR ORT

BESUCH DER SPD-ABGEORDNETEN SCHWALL-DÜREN UND STINKA BEI HAZEMAG

„Wir haben unseren Exportanteil im Bereich von Sicherheitstechnologien für den weltweiten Bergbaueinsatz deutlich gesteigert“, so die Einführung von Geschäftsführer Beer anlässlich des Besuches der SPD-Bundestagsabgeordneten Angelica Schwall-Düren und des Landtagsabgeordneten André Stinka.



André Stinka (MdB), Angelica Schwall-Düren (MdB), Herr Beer, Waltraud Bednarz (v.l.n.r.)

Der Geschäftsführer machte gegenüber den beiden SPD-Abgeordneten deutlich, dass die Folgen des weltweiten Konjunkturreinbruches sich in seinem Unternehmen zeitlich verzögert darstellen. Aufgrund der Spezialisierung des Betriebes und der hohen Qualität der Produkte können Absatzmärkte gehalten und ausgebaut werden. Insbesondere im Bereich von Regelungen der Technologie sieht er weitere Chancen für sein Unternehmen. Die von Arbeitsminister Scholz eingeführte Kurzarbeiterregelung beschrieb er gegenüber den Politikern als absolut richtigen Schritt. Dennoch wies er André Stinka und Angelica Schwall-Düren auf die Probleme bei der Zertifizierung und den Weiterbildungseinrichtungen hin. <

NEUGRÜNDUNG

AGS BOTTROP SEIT SEPTEMBER AKTIV

Dem Engagement von Hans-Jürgen Grotehusmann ist es zu verdanken, dass Anfang September 2009 die AGS Bottrop neu gegründet wurde.

Ein „überparteilicher“ Unternehmerstammtisch bestand schon seit längerem in Bottrop. Im Sommer entschied Hans-Jürgen Grotehusmann, dass die Zeit nun reif sei für eine AGS-Gründung. Ein Bericht der Gründungsveranstaltung am 03.09. erscheint in der nächsten Ausgabe der AGS:NACHRICHTEN. <

LAST-MINUTE-AUSBILDUNGSBÖRSE

AGS ENNEPE-RUHR AUCH 2009 WIEDER IM EINSATZ AUF DEM RATHAUSPLATZ

Wie schon im vergangenen Jahr fand auch 2009 eine gemeinsame Veranstaltung der AGS und der Jusos im Ennepe-Ruhr-Kreis.

Das Ziel war ganz klar: Noch suchenden Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu ermöglichen. Über 200 freie Ausbildungsplätze warteten auf die rund 150 interessierten Jugendlichen. <



AUS DEM LANDESVORSTAND

MITTELSTANDSMESSE IN GELSENKIRCHEN DIE AGSNRW AUF DER B2D

Die Dialogmesse „b2d“ vom 9. bis 10. September in der Schalke-Arena zeigte, dass das Interesse des Mittelstandes an der AGS unverändert groß ist.

Weit über 200 Aussteller – Selbständige, Inhaber kleiner und mittlerer Unternehmen, Vertriebsleute und Führungskräfte aus Industrie, Handel, Produktion, Handwerk und Dienstleistung – präsentierten sich auf der Dialogmesse. Am AGS-Stand, der von Mitgliedern des Landesvorstands und der AGS Gelsenkirchen betreut wurde, fanden rege Diskussionen mit Besuchern und Teilnehmern der Veranstaltung statt.



Die AGSNRW auf der b2d: Standbetreuung u.a. durch Daniel Ennever, Andreas Höcker, Michael Henke, Eva-Maria Siuda, André Brümmer (v.l.n.r.)

Die Ausstattung des Messestandes übernahmen die SPD-Mitglieder aus Gelsenkirchen. Die nächste b2d findet bereits Ende Juli 2010 statt. <



AUS DEN SITZUNGEN DES AGSNRW-LANDESVORSTANDS ERGEBNISSE – KÖLN, 15.09.2009

Wie angekündigt werden wir ab sofort wichtige Beschlüsse und Vorhaben aus unseren Landesvorstandssitzungen veröffentlichen. Unsere Ziele sind Information, Transparenz und Motivation der AGS-Mitglieder zur Mitarbeit z.B. in Arbeitskreisen.

Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion

Mit den personellen Veränderungen im Landtag (bedingt durch Wechsel in den Bundestag) sollen mehr aktive Landtagsmitglieder zur Kooperation mit der AGS angesprochen werden. Deshalb unsere Bitte an die regionalen AGS-Gliederungen: Bitte sprecht eure Abgeordneten vor Ort gezielt an!

Organisation und Kompetenzen der AGS

Über Arbeitskreise und deren Kompetenzfelder soll zukünftig die Ansprechbarkeit der AGS zu bestimmten Themen erweitert werden. Ziel der Arbeitskreise soll es sein, Veranstaltungen zu organisieren, die sich auch an die Öffentlichkeit richten, und Diskussionen zu wichtigen Themen anzuregen. Zusätzlich werden Kompetenz-„Papiere“ erarbeitet, die als Basis für weitere Kooperationen bzw. der Ansprechbarkeit der AGSNRW insgesamt dienen. Wichtige Themen und Inhalte werden außerdem an kommunale Entscheider und Landesparlamente zur Weiterverfolgung übergeben. Mögliche Kompetenzfelder: **Arbeit – Bildung – Bürokratieabbau – Forschung und Wissenschaft – Generationswechsel und Betriebsnachfolge – Handel – Handwerk – Infrastruktur – Kapital und Finanzen** (*Erster AK auf Initiative von Jörg Brandes und Christiane Schmitz bereits gegründet*) – **Kommunalpolitik – Medien, Kommunikation und Soziale Netzwerke in der Politik – Körperschaften des öffentlichen Rechts / Verbände – Privatisierung – Staatsquote / Steuern und Abgaben – Umwelt – Energie – Wirtschaft und Wirtschaftsförderung.**

Bitte meldet Euch bei Interesse bei:

andre.bruegger@ags-in-nrw.de

KURZ NOTIERT

◀ FINANZEN ▶

Mikrokredite für Kleinbetriebe in der Krise

Das Arbeitsministerium will krisengeschüttelte Kleinbetriebe durch Mikrokredite unterstützen. Der Fonds soll Einzelkredite von maximal 20.000 € mit Laufzeiten bis zu drei Jahren bereitstellen. Für den so genannten Garantiefonds sollen 100 Mio. € aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds zur Verfügung gestellt werden.

Zielgruppe sind dem Handelsblatt zufolge junge Unternehmen sowie Betriebe, die von Frauen oder von Menschen mit Migrationshintergrund geführt werden. Das Ministerium beabsichtigt, in Deutschland ein flächendeckendes Mikrofinanz-Angebot aufzubauen. Die ersten Mikrokredite sollen ab Januar 2010 vergeben werden.

>>> mehr

◀ RECHT ▶

Riester-Rente verstößt gegen EU-Recht

Die Regierung muss die Riester-Rente nachbessern, da sie in einigen Punkten gegen das geltende Europarecht verstoße (siehe Urteil des Europäischen Gerichtshofes, EuGH, Az.: C-269/07). Die deutschen Regelungen zur Riester-Rente würden demnach Grenzarbeitnehmer benachteiligen, die in Deutschland arbeiten und im EU-Ausland wohnen. Außerdem dürfe nach EU-Recht gefördertes Sparkapital nicht nur für Wohneigentum in Deutschland verwendet werden.

>>> mehr

Datenschutz: 50.000 Euro Strafe bei falscher Kundenansprache

Am 1.9.2009 ist ein verschärftes Datenschutzgesetz gegen unerlaubte Werbung in Kraft getreten: Bis zu 50.000 € kann das Bußgeld kosten, wenn Unternehmen etwa einen Verbraucher anrufen und ihm ein Produkt anbieten, ohne dass der Verbraucher zuvor in einen Werbeanruf eingewilligt hat. Strafen bis zu 10.000 Euro drohen bei kleineren Vergehen, wie Rufnummerunterdrückung.

>>> mehr

NWHT

Nordrhein-Westfälischer Handwerkstag

An die
Mitglieder des
NWHT-Vorstandes und
des NRW-Handwerksrates sowie
geladene Gäste

5. Oktober 2009
Kö/YG

Veranstaltung „Politik im Dialog - Was sind die handwerks- und mittelstandspolitischen Inhalte der SPD-Politik in Nordrhein-Westfalen?“

Sehr geehrter Damen und Herren,

wir setzen unseren Dialog mit den Mittelstandsorganisationen der verschiedenen Parteien im Landtag Nordrhein-Westfalens fort. Zu unserer nächsten Dialogveranstaltung in dieser Reihe laden wir Sie zum Dialog u. a. mit Repräsentanten der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD NRW auf **Montag, 26. Oktober, 19.00 Uhr** in den Kongressstrakt der Handwerkskammer Düsseldorf (Georg-Schulhoff-Platz 1, 40221 Düsseldorf) ein.

Folgender **Programmablauf** ist vorgesehen:

- **Eröffnung und Begrüßung**
(Prof. Wolfgang Schulhoff, Präsident des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstages)
- **Statement zum Thema „Wachstum, Innovation, Chancen-Gleichheit – Der Beitrag des Handwerks in Nordrhein-Westfalen“**
(Thomas Eiskirch MdL, Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen)
- **Statement zum Thema „Klimaschutz als Fortschrittsfaktor und Motor für das Handwerk“**
(André Stinka MdL, Energie- und Klimapolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen)
- **Statement zum Thema „Das Unternehmerbild in der Sozialen Marktwirtschaft“**
(Dipl.-Ing. André Brümmer, stv. Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD Nordrhein-Westfalen und Mitglied des AGS-Bundesvorstandes)
- **Aussprache**
- **Schlusswort**
(Prof. Wolfgang Schulhoff, Präsident des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstages)

Bitte teilen Sie uns auf dem beigefügten Antwortbogen mit, ob wir mit Ihrer Anwesenheit rechnen dürfen.

Mit den besten Grüßen


Prof. Wolfgang Schulhoff
Präsident


Dr. Thomas Köster
Hauptgeschäftsführer

Anlage
Rückantwortbogen

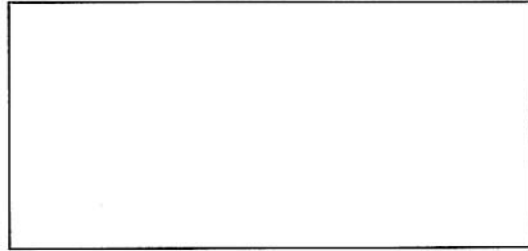
**NWHT UND AGSNRW IM DIALOG
HANDWERKS- UND
MITTELSTANDSPOLITISCHE
INHALTE DER SPD-POLITIK
IN NRW**

Am Montag, 26. Oktober, 19:00 Uhr, findet die Veranstaltung des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstages und der AGS in NRW statt.

Wir hoffen auf zahlreiche Anmeldungen aus dem Kreis der AGSler in ganz NRW. Bitte werbt daher auch in euren Unterbezirken und Kreisen für diese Veranstaltung und bietet nach Möglichkeit auch Fahrgemeinschaften an.

Der NWHT bittet um eine Anmeldung – bitte nutzt dafür das Formular auf der nächsten Seite.

Bitte Absender nicht vergessen!



Herrn Hauptgeschäftsführer
Dr. Thomas Köster
Georg-Schulhoff-Platz 1
40221 Düsseldorf

**Bitte benutzen Sie diese
Seite als Brief oder
Faxantwort**

Per Telefax: (02 11) 87 95-3 17

Veranstaltung „Politik im Dialog - Was sind die handwerks- und mittelstandspolitischen Inhalte der SPD-Politik in Nordrhein-Westfalen?“ am Montag, 26. Oktober 2009, 19.00 Uhr in der Handwerkskammer Düsseldorf

Ich nehme teil

Ich nehme nicht teil

(Bitte Zutreffendes ankreuzen. Vielen Dank!)

Datum

Unterschrift

IN EIGENER SACHE

Ab dieser Ausgabe informieren wir im Newsletter regelmäßig über die Beschlüsse, Vorhaben und Ziele aus unseren Vorstandssitzungen – siehe Seite 7! +++ Mit dem Ziel, die Informationen noch interessanter zu gestalten, möchten wir ab sofort auch Unternehmer und Selbstständige persönlich im Portrait vorstellen. Die Idee ist: Zeigen, was Menschen im Mittelstand bewegt, wie Kleinunternehmen sich am Markt behaupten, welche Ideen andere motivieren, welche Probleme einzelner Unternehmen vielleicht gemeinsam zu einer Lösung führen können. Bitte sprecht dazu gezielt auch Unternehmer auf eurer lokalen Ebene an, dass auch sie eine Art „Firmenportrait“ in den AGS:NACHRICHTEN veröffentlichen können. Wir möchten verstärkt zeigen, was sich regional tut, dass wir Potenzial finden und Kompetenz für Themen besitzen, um etwas zu bewegen. Interesse oder Vorschläge? Dann schickt bitte eine eMail an redaktion@ags-in-nrw.de +++ Da wir häufig um logistische oder technische Hilfe bei der Erstellung von AGS-Websites angefragt werden: Das können wir in der Regel schon aus zeitlichen Gründen nicht leisten. Bester Tipp: Unsere „Websozis“. Sie bieten fertige Pakete aus Webhosting, installiertem CMS inkl. SPD-Design und hervorragenden Service zu unschlagbaren Preisen an. Link: www.websozis.de +++ In der letzten Ausgabe der AGS:NACHRICHTEN hatten wir um Meinungen zum Format unseres Newsletters gebeten. Die Reaktionen darauf sind bisher sehr spärlich und damit sicher nicht repräsentativ, aber mit hauchdünner Mehrheit für ein bildschirmgerechteres (Quer-)Format. Wir werden zunächst noch weitere Stimmen abwarten und das Layout ggf. an einem der kommenden Winterabende umstellen. <



TERMINE

SA., 10.10.2009, 14 UHR

TD-IHK: Türkisch-Deutscher Wirtschaftskongress

Im Rahmen der Weltmesse ANUGA, die in diesem Jahr die Türkei als Partnerland empfängt, findet der nunmehr 4. Türkisch-Deutsche Wirtschaftskongress in Köln statt. Eingebettet in die ANUGA erfährt der Kongress einen zusätzlichen Mehrwert durch die Begleitmesse im Foyer des Kongresssaales, auf der vorrangig TD-IHK-Mitglieder ihre Produkte und Dienstleistungen präsentieren werden.

Congress-Centrum Ost, Koelnmesse GmbH

Mo., 26.10.2009, 19 UHR

HANDWERKS- UND MITTELSTANDSPOLITISCHE INHALTE DER SPD-POLITIK IN NRW

Eine Kooperationsveranstaltung des Handwerktages NRW mit der AGSNRW. Als Referenten für die AGS werden teilnehmen: Thomas Eiskirch (MdL, „Wachstum, Innovation, Chancengleichheit – Der Beitrag des Handwerks in NRW“), André Stinka (MdL, „Klimaschutz als Fortschrittsfaktor und Motor für das Handwerk“) und André Brümmer (AGS, „Das Unternehmerbild in der Sozialen Marktwirtschaft“). **Einladung/Anmeldung s. Seiten 8 u. 9!**

Handwerkskammer Düsseldorf, Georg-Schulhoff-Platz 1, 40221 Düsseldorf

FR., 20.11.2009, 19 UHR

AGS Herne: „Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in der Wirtschaftskrise – welche Chancen haben heute noch junge Menschen?“

Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Christiane Schmitz (Landesvorstand AGSNRW) und Henryk Banski (Berufsberater).

Haus Hanisch, Castroper Straße 288, 44628 Herne

Bis zur nächsten Ausgabe

André Brümmer

Stellv. AGS-Landesvorsitzender NRW

Mitglied des AGS-Bundesvorstands

